

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 94 — 2786

[S-C — 33062]

9. MAI 1994. — Dekret über Unterkunfts- und Hotelbetriebe (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, die Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf Unterkunfts- und Hotelbetriebe.

Als Unternehmungen gelten gewerbliche oder touristische Betriebe, die:

1° regelmäßig oder gelegentlich Unterkunft mit oder ohne Mahlzeiten anbieten;
2° über mindestens vier Zimmer oder über Einrichtungen verfügen, in denen insgesamt mindestens zehn Personen untergebracht werden können;

3° über eine Sicherheitsbescheinigung verfügen.

Als Hotelbetriebe gelten gewerbliche oder touristische Betriebe, die:

1° regelmäßig oder gelegentlich Unterkunft mit oder ohne Mahlzeiten anbieten;

2° über mindestens vier Zimmer verfügen, die ausschließlich der Unterbringung von Gästen dienen;

3° Unterkunft für mindestens eine Nacht anbieten;

4° über eine Sicherheitsbescheinigung und eine Hotelgenehmigung verfügen.

Vorliegendes Dekret findet jedoch keine Anwendung auf Campingplätze, Ferienwohnungen, Sozialtourismusbetriebe und Einrichtungen im sozial-medizinischen Bereich.

KAPITEL II. — Bestimmungen für Unterkunfts- und Hotelbetriebe

Abschnitt 1. — Allgemeine Bestimmungen

Art. 2. Niemand darf einen Unterkunfts- oder Hotelbetrieb betreiben, wenn er nicht über eine Bescheinigung verfügt, durch die bestätigt wird, daß die speziell für Unterkunfts- und Hotelbetriebe geltenden Sicherheitsnormen in Sachen Brandschutz eingehalten werden.

Art. 3. Die Regierung bestimmt:

1° die für Unterkunfts- und Hotelbetriebe geltenden spezifischen Sicherheitsnormen auf dem Gebiet des Brandschutzes,

2° das Modell der Sicherheitsbescheinigung.

Abschnitt 2. — Die Sicherheitsbescheinigung

Art. 4. Die Sicherheitsbescheinigung wird ausgehändigt, wenn die Sicherheitsnormen erfüllt sind und den Bestimmungen der Allgemeinen Arbeitsschutzordnung entsprochen wird.

Art. 5. Die Gültigkeitsdauer der Sicherheitsbescheinigung beträgt fünf Jahre.

Es ist jedoch eine neue Bescheinigung zu beantragen:

1° am Ende der gemäß Artikel 36 gewährten Frist zur Instandsetzung der Anlagen oder am Ende der Frist, die im Rahmen einer gemäß Artikel 10 gewährten Abweichung eingeräumt wird;

2° bei Umänderungen, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist;

3° wenn das Gebäude oder die Ausstattung des Unterkunfts- oder Hotelbetriebs Abänderungen erfahren hat, die seine Sicherheit beeinflussen können, insbesondere:

— bei Schaffung neuer Räume, insbesondere Versammlungsräume, Speiseräume oder Gästezimmer;

— bei Änderung der Fluchtwege oder der Trasse dieser Fluchtwege;

— bei großen Arbeiten zur Anlage von Personen- und Lastaufzügen;

— bei Installation eines Gas- oder Elektrizitätsnetzes im Betrieb oder Veränderung eines solchen Netzes.

Abschnitt 3. — Verfahren

Art. 6. Der Antrag auf Erhalt der Sicherheitsbescheinigung wird per Einschreiben an den Bürgermeister der betroffenen Gemeinde gerichtet.

Art. 7. Über diesen Antrag entscheidet der Bürgermeister innerhalb von 75 Tagen nach dessen Empfang aufgrund eines durch den zuständigen Feuerwehrdienst ausgestellten Brandschutzgutachtens.

Art. 8. Der Beschluß über die Erteilung, die Verweigerung oder die bedingte Erteilung der Bescheinigung wird dem Antragsteller per Einschreiben zugestellt.

Der Beschluß muß begründet sein. Bei Verweigerung ist dem Beschluß eine Kopie des Brandschutzgutachtens beizulegen.

Wird der Beschluß dem Antragsteller nicht innerhalb der in Artikel 7 vorgesehenen Frist zugestellt, so gilt dies als Verweigerung.

(1) Sitzungsperiode 1993-1994 :

Dokumente des Rates :

93 (1992-1993), Nr. 1. Dekretentwurf.

93 (1992-1993), Nr. 2-4. Abänderungsvorschläge.

93 (1992-1993), Nr. 5. Bericht.

93 (1992-1993), Nr. 6. Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuß angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht : Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 9. Mai 1994.

Art. 9. Der Antragsteller kann innerhalb von 30 Tagen nach der Zustellung der Verweigerung oder innerhalb von 120 Tagen ab dem letzten Tag der in Artikel 7 vorgesehenen Frist per Einschreiben einen mit Gründen versehenen Einspruch bei der Regierung einlegen.

Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Art. 10. § 1. Mit dem Einspruch gegen einen Beschluß bezüglich der Sicherheitsbescheinigung kann eine Abweichung von den spezifischen Sicherheitsnormen beantragt werden.

Innerhalb von zehn Tagen nach Eingang des Einspruchs wird eine Empfangsbestätigung zugestellt.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 90 Tagen nach Eingang des Einspruches, nachdem sie das Gutachten der Brandschutzkommission für Unterkunfts- und Hotelbetriebe eingeholt hat.

Der Beschluß der Regierung ist begründet und wird dem Antragsteller per Einschreiben zugestellt.

§ 2. Wird die Entscheidung nicht innerhalb der in § 1 vorgesehenen Frist zugestellt, so gilt der Einspruch als abgelehnt, außer wenn die Regierung dem Antragsteller innerhalb der gleichen Frist eine begründete Entscheidung zur außergewöhnlichen Verlängerung der Frist zustellt. Die Verlängerung darf nicht mehr als dreißig Tage betragen.

§ 3. Wird eine Abweichung gewährt, so muß diese die spezifischen Vorschriften, von denen abgewichen werden darf, und gegebenenfalls den Zeitraum, für den die Abweichung gewährt wird, präzise angeben.

Abschnitt 4. — Die Brandschutzkommission für Unterkunfts- und Hotelbetriebe

Art. 11. Es wird eine Brandschutzkommission für Unterkunfts- und Hotelbetriebe eingerichtet, die bei jedem in Anwendung von Artikel 9 eingelegten Einspruch ein Gutachten abgibt.

Art. 12. Die Kommission setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden, zwei effektiven Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern. Diese sind Sachverständige der Feuerwehrdienste und werden von der Regierung bezeichnet.

Ein Vertreter der Regierung sowie ein mit der Inspektion von Unterkunfts- und Hotelbetrieben beauftragter Beamter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kommission teilnehmen.

Art. 13. Die Regierung ernennt den Vorsitzenden und die Mitglieder der Kommission für eine Dauer von vier Jahren.

Nach drei unbegründeten Abwesenheiten wird das Mitglied von Amts wegen durch seinen Vertreter ersetzt.

Art. 14. Die Kommission gibt ihr Gutachten innerhalb von 45 Tagen nach Eingang des diesbezüglichen Antrags der Regierung ab.

Art. 15. Die Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 16. Die Kommission legt ihre Geschäftsordnung fest und legt diese der Regierung zur Genehmigung vor.

Die Schriftführung bei den Sitzungen übernimmt ein Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 17. Den Mitgliedern der Kommission wird pro Versammlung eine Pauschalvergütung von 500 Franken sowie eine Fahrtkostenerstattung in Höhe eines Eisenbahnfahrscheins erster Klasse pro Versammlung, an der sie teilnehmen, gewährt.

Art. 18. Wird in Anwendung von Artikel 36 eine bedingte Bescheinigung ausgehändigt, so kann der Bürgermeister den zuständigen Feuerwehrdienst zu jeder Zeit damit beauftragen, nachzuprüfen, ob die Sicherheitsnormen progressiv berücksichtigt werden.

Der Bürgermeister kann die Bescheinigung entziehen, wenn das Brandschutzgutachten feststellt, daß den spezifischen Sicherheitsnormen nicht gemäß den festgelegten Fristen nachgekommen wird. Er setzt den Antragsteller und, wenn es sich um einen Hotelbetrieb handelt, die Regierung hierüber per Einschreiben in Kenntnis.

KAPITEL III. — Besondere Bestimmungen für Hotelbetriebe

Art. 19. Niemand darf ohne vorherige Genehmigung, Hotelgenehmigung genannt, einen Hotelbetrieb führen.

Art. 20. Die Hotelgenehmigung wird nur erteilt, wenn der Antragsteller oder die mit der täglichen Geschäftsführung des Hotelbetriebes beauftragte Person nicht in Belgien oder im Ausland für ein oder mehrere der in Buch II, Titel VII, Kapitel V, VI und VII, Titel VIII, Kapitel I, IV und VI und Titel IX, Kapitel I und II des Strafgesetzbuches vorgesehenen Vergehen rechtskräftig verurteilt worden ist, außer wenn das Urteil bedingt war und der Betroffene das Recht auf Strafaufschub nicht verloren hat.

Art. 21. § 1. Hotelbetriebe müssen über mindestens vier Zimmer verfügen, die der Unterbringung von Gästen dienen und diesen ausschließlich vorbehalten sind.

Die gesamten Betriebsanlagen müssen gut unterhalten sein, und das Personal muß ordentlich gekleidet sein.

§ 2. Nebengebäude, das heißt zur Unterbringung von Gästen bestimmte Gebäude, die nur durch Verlassen des Hauptgebäudes zu erreichen sind, müssen außer der Mindestanzahl Zimmer alle für Hotelbetriebe geltenden Bedingungen ebenfalls erfüllen. Jegliches Dokument, jegliche Korrespondenz und jegliche Werbung mit Bezug auf Nebengebäude müssen das Wort « Nebengebäude » enthalten.

Art. 22. Nur Hotelbetriebe dürfen unter der Bezeichnung « Hotel, Hostellerie, Aparthotel, Motel, Gasthof, Pension oder Relais » geführt werden. Die Regierung kann diese Aufzählung ergänzen.

Hotelbetriebe, die unter der Bezeichnung « Motel » oder unter einer ähnlichen Bezeichnung geführt werden, müssen außerhalb geschlossener Ortschaften liegen und direkt über eine Kraftfahrzeugverkehrsstraße zu erreichen sein.

Zusätzlich muß den Gästen die Möglichkeit geboten werden, in einem zum Motel gehörenden oder in der Nähe liegenden Restaurant ihre Mahlzeiten einzunehmen und ihre Fahrzeuge auf einem zum Motel gehörenden Parkplatz oder in einer zum Motel gehörenden Privatgarage abzustellen.

Art. 23. Jeder Hotelbetrieb, der eine Hotelgenehmigung erhält, wird gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen in eine von fünf Kategorien eingestuft. Jede dieser Kategorien entspricht einer bestimmten Anzahl Sterne.

Jeder Hotelbetrieb muß mindestens die für die niedrigste Einstufung vorgesehenen Bedingungen erfüllen.

In besonders begründeten Fällen kann die Regierung Abweichungen von den in Artikel 21 § 1 Absatz I und in Artikel 22 Absatz 2 aufgeführten und den gemäß Absatz I des vorliegenden Artikels festgelegten Bedingungen gewähren; jede gewährte Abweichung ist genau zu umschreiben und dem Betroffenen schriftlich mitzuteilen.

Art. 24. Der Antrag auf Erteilung einer Hotelgenehmigung wird auf dem dazu vorgesehenen Formular an das Ministerium gerichtet.

Innerhalb von zehn Tagen nach Eingang des Antrags wird dem Antragsteller eine Empfangsbestätigung übermittelt, oder es wird ihm mitgeteilt, daß sein Antrag nicht vollständig ist.

Art. 25. Die Hotelgenehmigung kann ausgesetzt oder entzogen werden:

- 1° wenn den Bedingungen, die ihrer Erteilung zugrunde lagen, nicht mehr entsprochen wird;
- 2° wenn der Inhaber der Hotelgenehmigung den ihm durch die Exekutive auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommt;
- 3° bei Verweigerung oder Behinderung der in Artikel 32 vorgesehenen Inspektion;
4. wenn der Inhaber der Genehmigung oder die mit der täglichen Geschäftsführung des Hotelbetriebes beauftragte Person in Belgien oder im Ausland für ein oder mehrere der in Buch II, Titel VII, Kapitel V, VI und VII, Titel VIII, Kapitel 1, IV und VI und Titel IX, Kapitel I und II des Strafgesetzbuches vorgesehenen Vergehen rechtskräftig verurteilt wurde, außer wenn das Urteil bedingt war und der Betroffene das Recht auf Strafaufschub nicht verloren hat.

Art. 26. Die Aussetzung einer Hotelgenehmigung muß zeitlich begrenzt sein und dient dazu, dem Inhaber der Hotelgenehmigung die Gelegenheit zu geben, den Zustand zu regularisieren. Anderenfalls wird nach Ablauf der gesetzten Frist der Entzug ausgesprochen.

Art. 27. Bei Entzug der Hotelgenehmigung oder bei Schließung des Hotels muß der Inhaber der Hotelgenehmigung die Genehmigung, alle beglaubigten Kopien der Genehmigung und das Kennschild innerhalb von zehn Tagen per Einschreiben an das Ministerium zurückschicken.

Wenn ein Hotelbetrieb in eine niedrigere Kategorie eingestuft wird, muß der Inhaber der Hotelgenehmigung sein bisheriges Kennschild innerhalb von zehn Tagen an das Ministerium zurückschicken.

Art. 28. Bei Übernahme des Hotelbetriebes muß innerhalb von drei Monaten eine neue Hotelgenehmigung beantragt werden. Bei Ableben des Inhabers der Hotelgenehmigung wird diese Frist auf sechs Monate verlängert.

In der Zwischenzeit und bis zur Mitteilung der Entscheidung über den Antrag darf der Hotelbetrieb weitergeführt werden.

Art. 29. Die Regierung bestimmt das Verfahren bezüglich der Erteilung, der Verweigerung, der Aussetzung und des Entzugs der Hotelgenehmigung.

Die Gültigkeit der Genehmigung kann zeitlich begrenzt werden.

Art. 30. Die Regierung erläßt die Bestimmungen in bezug auf:

- 1° das Kennschild, das dem Inhaber einer Hotelgenehmigung ausgehändigt wird, sowie das Verfahren in bezug auf Zuteilung, Verweigerung und Entzug des Kennschildes;
- 2° die Normen und das Verfahren zur Einstufung der Hotelbetriebe;
- 3° die Kontrolle der Hotelgäste;
- 4° den Betrag der Gebühren, die als Beitrag zur Deckung der Verwaltungs-, Kontroll- oder Aufsichtskosten zu erheben sind, die sich aus der Anwendung dieses Dekretes ergeben;
- 5° das Verfahren zur Erlangung der in Artikel 23 erwähnten Abweichungen.

KAPITEL IV. — Prämien für Hotelbetriebe

Art. 31. § 1. Zur Förderung von Bau-, Modernisierungs-, Ausbau- und Ausstattungskosten an Hotelbetrieben kann die Regierung im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel Prämien gewähren, die einem Anteil von höchstens 30 % der Kosten der betreffenden Arbeiten entsprechen und deren Höchstbetrag 2 000 000 F beträgt.

Die Kosten der betreffenden Arbeiten dürfen nicht unter 200 000 F liegen.

Vor Ablauf einer Frist von 5 Jahren nach Auszahlung der Prämie oder der letzten Rate der Prämie kann für ein und denselben Hotelbetrieb keine neue Prämie gewährt werden.

§ 2. In Ergänzung zu oder unabhängig von den unter § 1 genannten Prämien kann die Regierung für Arbeiten an Hotelbetrieben zur Verbesserung der Feuersicherheit und der Umweltqualität sowie für Einrichtungen und Vorrichtungen, die speziell der Erhöhung des Komforts von Gästen mit einer Behinderung dienen, im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel einmalige Sonderprämien gewähren, die einem Anteil von höchstens 50 % der Kosten der betreffenden Arbeiten entsprechen und deren Höchstbetrag 500 000 F beträgt.

§ 3. Die Regierung legt die Bedingungen zum Erhalt und zur Rückerstattung der unter §§ 1 und 2 genannten Prämien und Sonderprämien fest.

Die Prämien und Sonderprämien können in Teilbeträgen beantragt werden.

KAPITEL V. — Überwachungs- und Strafbestimmungen

Art. 32. § 1. Die von der Regierung dazu bezeichneten Beamten überwachen die Ausführung dieses Dekretes.

Bei der Ausübung ihrer Aufgabe dürfen diese Beamten alle Inspektionen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen, die sie für notwendig erachten und insbesondere :

- 1° alle Personen über Tatsachen, deren Kenntnis für die Ausübung der Kontrollen nützlich ist, befragen;
- 2° sich an Ort und Stelle alle durch dieses Dekret und dessen Ausführungserlasse vorgeschriebenen Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen.

Besichtigungen im Rahmen der in Absatz 2 erwähnten Inspektionen finden nur tagsüber statt und dürfen sich nicht auf die durch Gäste belegten Zimmer erstrecken.

§ 2. Schwerwiegende Regelwidrigkeiten sowie die Aufforderung, diese innerhalb einer angemessenen Frist zu beheben, werden vom zuständigen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem Bericht festgehalten; die Frist wird von Fall zu Fall vom Beamten festgelegt und ebenfalls in dem Bericht vermerkt.

Der Bericht wird der zuwiderhandelnden Person, dem Inhaber der Hotelgenehmigung sowie der Regierung innerhalb von 5 Tagen nach Feststellung der Übertretung zugestellt.

§ 3. Wenn nach Ablauf der gesetzten Frist die Regelwidrigkeiten nicht behoben sind, wird ein weiterer Bericht erstellt, der den in § 2 dieses Artikels genannten Personen und der Staatsanwaltschaft innerhalb von fünf Tagen zugestellt wird.

§ 4. Bei schwerwiegenden Regelwidrigkeiten in bezug auf die Sicherheits- und Betriebsbedingungen und im Falle der Dringlichkeit können die in § 1 genannten Beamten die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Benutzung des Unterkunftsbetriebs zu unterbinden, gegebenenfalls sogar bevor die Genehmigung entzogen oder suspendiert wurde. Zu diesem Zweck können diese Beamten die Unterstützung der öffentlichen Gewalt anfordern.

Art. 33. Mit einer Strafe von hundert bis dreitausend F wird belegt:

- 1° wer einen Unterkunfts- oder Hotelbetrieb betreibt, ohne die in Artikel 2 erwähnte Sicherheitsbescheinigung zu besitzen oder wer einen Hotelbetrieb ohne Hotelgenehmigung betreibt;
- 2° wer unerlaubt das in Artikel 30 Nr. 1 erwähnte Kennschild benutzt oder benutzt hat;
- 3° wer die Kategorie der in Artikel 30 Nr. 2 vorgesehenen Einstufung mißbräuchlich benutzt;
- 4° wer absichtlich die Ausübung des in Artikel 32 vorgesehenen Inspektionsrechtes verweigert oder behindert;
- 5° wer eine der in Absatz 1 des Artikels 22 aufgezählten und gegebenenfalls durch die Regierung ergänzten Bezeichnungen unrechtmäßig verwendet.

KAPITEL VI. — Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 34. Das Gesetz vom 19. Februar 1963 über das Statut der Hotelbetriebe ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 35. Das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 25. Januar 1988 zur Gewährung von Prämien, um die Schaffung, Modernisierung und Vergrößerung von Hotelbetrieben zu fördern, ist aufgehoben.

Art. 36. Die Regierung bestimmt die Übergangsmaßnahmen für die Unterkunfts- und Hotelbetriebe, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets in Betrieb sind. Unterkunfts- und Hotelbetriebe, die den Sicherheitsnormen nicht oder nicht in allen Punkten entsprechen, können gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen eine bedingte Sicherheitsbescheinigung erhalten.

Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes müssen alle Unterkunfts- und Hotelbetriebe den neuen Bestimmungen entsprechen.

Art. 37. Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 9. Mai 1994.

J. MARAITE,

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

B. GENTGES,

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung

K.-H. LAMBERTZ

Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 94 — 2766

[S-C — 33062]

9 MAI 1994. — Décret sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1er. — Dispositions générales

Article 1er. Le présent décret est applicable aux établissements d'hébergement et aux établissements hôteliers.

Par établissements d'hébergement, on entend les établissements commerciaux ou touristiques qui :

- 1° offrent régulièrement ou occasionnellement le logement, avec ou sans repas;
- 2° disposent d'au moins quatre chambres ou d'installations permettant le logement d'au moins dix personnes;
- 3° disposent d'une attestation de sécurité.

Par établissements hôteliers, on entend les établissements commerciaux ou touristiques qui :

- 1° offrent régulièrement ou occasionnellement le logement, avec ou sans repas;
- 2° disposent d'au moins quatre chambres servant uniquement au logement d'hôtes;
- 3° offrent le logement pour au moins une nuit;
- 4° disposent d'une attestation de sécurité et d'une autorisation hôtelière.

Toutefois, le présent décret ne s'applique pas aux terrains de camping, aux maisons de vacances, aux établissements de tourisme social ni aux établissements du secteur socio-médical.

(1) Session 1993-1994 :

Documents du Conseil :

93 (1992-1993), n° 1. Projet de décret.

93 (1992-1993), n° 2-4. Propositions d'amendement.

93 (1992-1993), n° 5. Rapport.

93 (1992-1993), n° 6. Proposition d'amendement relative au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : Discussion et vote. Séance du 9 mai 1994.

CHAPITRE II. — *Dispositions relatives aux établissements d'hébergement et aux établissements hôteliers*
Section 1re. — *Disposition générales*

Art. 2. Nul ne peut exploiter un établissement d'hébergement ou un établissement hôtelier s'il ne dispose pas d'une attestation par laquelle il est établi qu'il satisfait aux normes de sécurité en matière de protection contre l'incendie spécifiques aux établissements d'hébergement et aux établissements hôteliers.

Art. 3. Le Gouvernement détermine :

- 1° les normes de sécurité en matière de protection contre l'incendie spécifiques aux établissements d'hébergement et aux établissements hôteliers;
- 2° le modèle de l'attestation de sécurité.

Section 2. — L'attestation de sécurité

Art. 4. L'attestation de sécurité est délivrée lorsque les normes de sécurité sont remplies et qu'il est satisfait aux dispositions du Règlement général pour la protection du travail.

Art. 5. La durée de validité de l'attestation de sécurité est de cinq ans.

Une nouvelle attestation doit toutefois être demandée :

- 1° à la fin du délai de remise en état des installations accordé conformément à l'article 36 ou à la fin du délai imparti dans le cadre d'une dérogation accordée conformément à l'article 10;
- 2° en cas de transformations nécessitant un permis de bâtir;
- 3° lorsque le bâtiment ou l'équipement de l'établissement d'hébergement ou de l'établissement hôtelier a subi des transformations qui peuvent influencer sa sécurité, notamment :

- en cas de création de nouveaux locaux, notamment des salles de réunion, des réfectoires ou des chambres;
- en cas de modification des issues ou de leur tracé;
- en cas de travaux importants pour l'installation d'ascenseurs ou de monte-charges;
- en cas d'installation d'un réseau d'électricité ou de gaz dans l'établissement ou de modification d'un tel réseau.

Section 3. — Procédure

Art. 6. La demande d'obtention d'une attestation de sécurité est adressée par recommandé au bourgmestre de la commune concernée.

Art. 7. Le bourgmestre statue sur cette demande dans les septante-cinq jours de sa réception en se basant sur l'avis en matière de sécurité incendie établi par le service d'incendie compétent.

Art. 8. La décision d'octroi, de refus ou d'octroi conditionnel de l'attestation est signifiée par recommandé au requérant.

La décision doit être motivée. En cas de refus, une copie de l'avis en matière de sécurité incendie doit être jointe à la décision.

Si la décision n'est pas notifiée au requérant dans le délai prévu à l'article 7, l'attestation est censée être refusée.

Art. 9. Le requérant peut dans les trente jours de la signification du refus ou dans les cent vingt jours à compter du dernier jour du délai prévu à l'article 7, introduire par recommandé un recours motivé auprès du Gouvernement.

Le recours est suspensif.

Art. 10. § 1er. Une dérogation aux normes spécifiques de sécurité peut être demandée à l'occasion de l'introduction d'un recours contre une décision relative à l'attestation de sécurité.

Un accusé de réception est signifié dans les dix jours de la réception du recours.

Le Gouvernement statue dans les nonante jours de la réception du recours après avoir demandé l'avis de la Commission de sécurité contre l'incendie pour établissements d'hébergement et établissements hôteliers.

La décision du Gouvernement est motivée et est signifiée au requérant par recommandé.

§ 2. Si la décision n'est pas signifiée dans le délai prévu au § 1er, le recours est censé être rejeté, sauf si le Gouvernement a signifié au requérant, dans le même délai, une décision motivée de prolonger exceptionnellement le délai. La prolongation ne peut dépasser trente jours.

§ 3. Si une dérogation est accordée, elle doit préciser les prescriptions spécifiques auxquelles on peut déroger et, le cas échéant, la période pour laquelle la dérogation est accordée.

Section 4. — La Commission de sécurité contre l'incendie pour établissements d'hébergement et établissements hôteliers

Art. 11. Il est créé une Commission de sécurité contre l'incendie pour établissements d'hébergement et établissements hôteliers, qui rend un avis lors de chaque recours introduit en application de l'article 9.

Art. 12. La Commission se compose d'un président, de deux membres effectifs et de deux membres suppléants. Il s'agit d'experts de services d'incendie, désignés par le Gouvernement.

Un représentant du Gouvernement ainsi qu'un agent du Ministère de la Communauté germanophone chargé de l'Inspection des établissements d'hébergement et des établissements hôteliers peuvent participer avec voix consultative aux réunions de la Commission.

Art. 13. Le Gouvernement nomme le président et les membres de la Commission pour une durée de quatre ans.

Après trois absences injustifiées, le membre est remplacé d'office par son suppléant.

Art. 14. La Commission rend son avis dans les quarante-cinq jours de la réception de la demande introduite en l'affaire par le Gouvernement.

Art. 15. Les décisions sont prises à la majorité simple. En cas de parité des voix, la voix du président est prépondérante.

Art. 16. La Commission établit son règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Un membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone assure le secrétariat lors des réunions.

Art. 17. Une indemnité forfaitaire de F 500 ainsi qu'une indemnité pour frais de déplacement de la valeur d'un ticket de chemin de fer de 1^{re} classe sont accordées aux membres de la Commission pour chaque réunion à laquelle ils assistent.

Art. 18. Si une attestation conditionnelle est délivrée en application de l'article 36, le bourgmestre peut charger en tout temps le service d'incendie compétent de vérifier si les normes de sécurité sont petit à petit respectées.

Le bourgmestre peut retirer l'attestation lorsque l'avis en matière de sécurité incendie établit que les normes spécifiques de sécurité incendie n'ont pas été respectées dans le délai imparti. Il en informe par recommandé le requérant et, lorsqu'il s'agit d'un établissement hôtelier, le Gouvernement.

CHAPITRE III. — Dispositions particulières relatives aux établissements hôteliers

Art. 19. Nul ne peut exploiter un établissement hôtelier sans autorisation préalable, appelée autorisation hôtelière.

Art. 20. L'autorisation hôtelière n'est délivrée que lorsque le requérant ou la personne chargée de la gestion journalière de l'établissement hôtelier n'a pas été condamné(e) en Belgique ou à l'étranger, par une décision coulée en force de chose jugée, pour une ou plusieurs des infractions prévues au Livre II, Titre VII, Chapitres V, VI et VII, Titre VIII, Chapitres I, IV et VI et Titre IX, Chapitres I et II du Code pénal, sauf si la condamnation était conditionnelle et si l'intéressé n'a pas perdu le bénéfice du sursis.

Art. 21. § 1^{er}. Les établissements hôteliers doivent disposer d'au moins quatre chambres servant au logement d'hôtes et leur étant exclusivement réservées.

Toutes les installations doivent être bien entretenues et le personnel doit être vêtu de façon correcte.

§ 2. Les bâtiments annexes, c.-à-d. les bâtiments destinés à l'hébergement d'hôtes qui ne peuvent être atteints qu'en quittant le bâtiment principal doivent, à l'exception du nombre minimal de chambres, satisfaire également à toutes les normes applicables aux établissements hôteliers. Tout document, toute correspondance et toute publicité relatifs aux bâtiments annexes doivent reprendre le terme « Nebengebäude » (« bâtiments annexes »).

Art. 22. Seuls des établissements hôteliers peuvent être exploités sous la dénomination « Hotel, Hostellerie, Aparthotel, Motel, Gasthof, Pension ou Relais » (« hôtel », « hostellerie », « hôtel à appartements », « motel », « auberge », « pension » ou « relais »). Le Gouvernement peut compléter cette liste.

Les établissements hôteliers exploités sous la dénomination « Motel » ou sous une dénomination analogue doivent être situés en dehors des agglomérations et doivent être accessibles directement d'une route ouverte à la circulation des véhicules à moteur.

De plus, les hôtes doivent avoir la possibilité de prendre leurs repas dans un restaurant appartenant au motel ou situé à proximité et de garer leur véhicule sur un parking ou dans un garage privé appartenant au motel.

Art. 23. Tout établissement hôtelier qui reçoit une autorisation hôtelière est classé dans une des cinq catégories selon les conditions fixées par le Gouvernement. A chacune des catégories correspond un nombre d'étoiles déterminé.

Tout établissement hôtelier doit au moins répondre aux conditions prévues pour la catégorie la moins élevée.

Le Gouvernement peut, dans des cas dûment justifiés, accorder des dérogations aux conditions reprises à l'article 21, § 1, alinéa 1 et à l'article 22, alinéa 2, et aux conditions fixées conformément à l'alinéa 1 de cet article; toute dérogation accordée doit être décrite précisément et communiquée par écrit au requérant.

Art. 24. La demande d'octroi d'une autorisation hôtelière est adressée au Ministère sur le formulaire prévu à cet effet.

Dans les dix jours de la réception de la demande, un accusé de réception est transmis au requérant, ou il est informé que sa demande est incomplète.

Art. 25. L'autorisation hôtelière peut être suspendue ou retirée :

1^o lorsque les conditions auxquelles son octroi a été subordonné ne sont plus remplies;
2^o lorsque le titulaire de l'autorisation hôtelière ne remplit pas les obligations auxquelles il est assujéti par le Gouvernement;

3^o lorsque l'inspection prévue à l'article 32 est refusée ou entravée;

4^o lorsque le titulaire de l'autorisation hôtelière ou la personne chargée de la gestion journalière de l'établissement hôtelier a été condamné(e) en Belgique ou à l'étranger, par une décision coulée en force de chose jugée, pour une ou plusieurs des infractions prévues au Livre II, Titre VII, Chapitres V, VI et VII, Titre VIII, Chapitres I, IV et VI et Titre IX, Chapitres I et II du Code pénal, sauf si la condamnation était conditionnelle et si l'intéressé n'a pas perdu le bénéfice du sursis.

Art. 26. La suspension d'une autorisation hôtelière doit être limitée dans le temps et doit donner au titulaire du permis l'occasion de régulariser la situation. Sinon, le retrait est prononcé au terme du délai imparti.

Art. 27. En cas de retrait de l'autorisation hôtelière ou de fermeture de l'hôtel, le titulaire de l'autorisation doit, dans un délai de dix jours, renvoyer par recommandé au Ministère l'autorisation, toutes les copies certifiées conformes de l'autorisation, ainsi que l'écusson.

Lorsqu'un établissement hôtelier est classé dans une catégorie inférieure, le titulaire de l'autorisation hôtelière doit renvoyer dans les dix jours au Ministère l'écusson qu'il détenait jusqu'alors.

Art. 28. En cas de reprise de l'établissement hôtelier, une nouvelle autorisation doit être demandée dans les trois mois. En cas de décès du titulaire de l'autorisation hôtelière, ce délai est porté à six mois.

Entre temps, et jusqu'à ce que la décision relative à la demande soit communiquée, l'exploitation de l'établissement hôtelier peut être poursuivie.

Art. 29. Le Gouvernement détermine la procédure relative à l'octroi, au refus, à la suspension ou au retrait de l'autorisation hôtelière.

La validité de l'autorisation peut être limitée dans le temps.

Art. 30. Le Gouvernement arrête les dispositions relatives :

1^o à l'écusson qui est délivré au titulaire d'une autorisation hôtelière ainsi qu'à la procédure d'octroi, de refus et de retrait de cet écusson;

2^o aux normes et à la procédure de classification des établissements hôteliers;

3^o au contrôle des hôtes;

4° au montant des redevances à percevoir à titre de participation aux frais administratifs, de contrôle ou de surveillance découlant de l'application de ce décret;

5° à la procédure pour l'obtention des dérogations visées à l'article 23.

CHAPITRE IV. — Primes pour établissements hôteliers

Art. 31. § 1er. Afin de promouvoir les travaux de construction, de modernisation, d'extension et d'équipement dans les établissements hôteliers, le Gouvernement peut, dans les limites des crédits budgétaires disponibles à cette fin, accorder des primes qui représentent au plus 30 % des coûts encourus pour lesdits travaux et s'élèvent à F 2 000 000 maximum.

Les travaux en question doivent coûter au moins F 200 000 .

Avant l'expiration d'un délai de cinq ans à partir du paiement de la prime ou de la dernière tranche de la prime, aucune nouvelle prime ne peut être accordée pour le même établissement hôtelier.

§ 2. En complément ou indépendamment des primes visées au § 1er, le Gouvernement peut, dans les limites des crédits budgétaires disponibles à cette fin, accorder des primes spéciales uniques pour les travaux réalisés dans des établissements hôteliers afin d'y améliorer la sécurité en matière d'incendie et la qualité de l'environnement ainsi que pour les équipements et installations qui visent à l'amélioration du confort des hôtes handicapés, ces primes représentant au plus 50 % du coût desdits travaux et s'élevant à F 500 000 maximum.

§ 3. Le Gouvernement fixe les conditions d'octroi et de remboursement des primes et primes spéciales visées aux §§ 1er et 2.

Les primes et primes spéciales peuvent être demandées par tranches.

CHAPITRE V. — Dispositions relatives à la surveillance et aux sanctions

Art. 32. § 1. Les agents désignés à cette fin par le Gouvernement surveillent l'application de ce décret.

Dans l'exercice de leur mission, ces agents peuvent procéder à toutes les inspections, tous les contrôles et toutes les recherches qu'ils estiment nécessaires et en particulier :

a) interroger toutes les personnes sur des faits dont la connaissance est utile pour l'exercice des contrôles;

b) se faire remettre sans déplacement tous les documents prescrits par ce décret et ses arrêtés d'exécution et en faire établir des copies ou des extraits.

Les visites menées dans le cadre des inspections dont il est question au 2e alinéa n'ont lieu que le jour et ne peuvent porter sur les chambres occupées par les hôtes.

§ 2. Les manquements graves ainsi que la mise en demeure d'y remédier dans un délai raisonnable sont consignés dans un rapport par un agent habilité du Ministère de la Communauté germanophone; le délai est fixé au cas par cas par l'agent et également mentionné dans le rapport.

Ce rapport est transmis dans les cinq jours suivant la constatation de l'infraction au contrevenant, au titulaire de l'autorisation hôtelière et au Gouvernement.

§ 3. Si, une fois le délai écoulé, il n'a pas été remédié aux manquements, un nouveau rapport est rédigé et transmis dans les cinq jours aux personnes visées au § 2 de cet article ainsi qu'au parquet.

§ 4. En cas de manquement grave aux conditions de sécurité et d'exploitation et en cas d'urgence, les agents visés au § 1er peuvent prendre les mesures nécessaires en vue de faire cesser l'utilisation de l'établissement d'hébergement, le cas échéant avant que l'autorisation ne soit retirée ou suspendue. A cette fin, ces agents peuvent faire appel à la force publique.

Art. 33. Est passible d'une amende de cent à trois mille francs quiconque :

1° exploite un établissement d'hébergement ou un établissement hôtelier sans l'attestation de sécurité visée à l'article 2 ou exploite un établissement hôtelier sans autorisation hôtelière;

2° utilise ou aura utilisé illicitement l'écusson prévu à l'article 30, 1°;

3° fait ou aura fait un usage abusif de la catégorie de classification prévue à l'article 30, 2°;

4° refuse ou entrave volontairement l'exercice du droit d'inspection prévu à l'article 32;

5° utilise à tort une des dénominations reprises à l'article 22, alinéa 1, liste éventuellement complétée par le Gouvernement.

CHAPITRE VI. — Dispositions abrogatoires, transitoires et finales

Art. 34. La loi du 19 février 1963 portant statut d'établissements hôteliers est abrogée en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 35. Le décret de la Communauté germanophone du 25 janvier 1988 portant octroi de primes en vue de promouvoir l'aménagement, la modernisation et l'agrandissement d'établissements hôteliers est abrogé.

Art. 36. Le Gouvernement détermine les mesures transitoires pour les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers qui sont déjà exploités au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Les établissements d'hébergement ou établissements hôteliers qui ne répondent pas ou pas en tous points aux normes de sécurité peuvent, aux conditions fixées par le Gouvernement, recevoir une attestation conditionnelle de sécurité.

Cinq ans au plus tard après l'entrée en vigueur du présent décret, tous les établissements d'hébergement et établissements hôteliers doivent répondre aux nouvelles dispositions.

Art. 37. Le présent décret entre en vigueur le 1er janvier 1994.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 9 mai 1994.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone.

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 94 — 2766

[S-C — 33062]

9 MEI 1994. — Decreet over de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Dit decreet is van toepassing op de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen.

Onder « logiesverstreckende inrichtingen » verstaat men de commerciële of toeristische inrichtingen die :

- 1° regelmatig of af en toe logies verstrekken, met of zonder maaltijden;
- 2° over ten minste vier kamers of over accommodatie voor ten minste 10 personen beschikken;
- 3° over een veiligheidsattest beschikken.

Onder « hotelinrichtingen » verstaat men de commerciële of toeristische inrichtingen die

- 1° regelmatig of af en toe logies verstrekken, met of zonder maaltijden;
- 2° over ten minste vier kamers beschikken die uitsluitend voor het verblijf van gasten dienen;
- 3° logies voor ten minste één nacht aanbieden;
- 4° over een veiligheidsattest en een hotelvergunning beschikken.

Dit decreet is echter niet van toepassing op kampeerterrainen, vakantiehuizen, instellingen voor sociaal toerisme en inrichtingen van de socio-medische sector.

HOOFDSTUK II. — *Bepalingen betreffende de logiesverstreckende inrichtingen en de hotelinrichtingen**Afdeling 1. — Algemene bepalingen*

Art. 2. Niemand mag een logiesverstreckende inrichting of een hotelinrichting uitbaten indien hij niet over een attest beschikt, waarbij wordt vastgesteld dat voldaan is aan de veiligheidsnormen inzake brandbeveiliging, specifiek bepaald voor de logiesverstreckende inrichtingen en voor de hotelinrichtingen.

Art. 3. De Regering bepaalt :

- 1° de veiligheidsnormen inzake brandbeveiliging, specifiek bepaald voor de logiesverstreckende inrichtingen en voor de hotelinrichtingen;
- 2° het model van het veiligheidsattest.

Afdeling 2. — Het veiligheidsattest

Art. 4. Het veiligheidsattest wordt uitgereikt wanneer de veiligheidsnormen nageleefd worden en aan de bepalingen van het Algemeen Reglement voor de arbeidsbescherming voldaan wordt.

Art. 5. De geldigheidsduur van het veiligheidsattest bedraagt vijf jaar.

Een nieuw veiligheidsattest wordt echter vereist :

- 1° na het verstrijken van de termijn toegestaan overeenkomstig artikel 36 voor de reparatie van de installaties of van de termijn gegeven in het kader van een overeenkomstig artikel 10 toegestane afwijking;
- 2° bij ombouwwerken waarvoor een bouwvergunning noodzakelijk is;
- 3° wanneer het gebouw of de uitrusting van de logiesverstreckende inrichting of hotelinrichting zo gewijzigd werd dat de veiligheid ervan kan worden beïnvloed, inzonderheid :
 - bij de oprichting van nieuwe ruimten, o.a. vergaderingszalen, eetzaal of kamers;
 - bij wijziging van de uitwegen of van hun tracé;
 - bij omvangrijke werken voor de installatie van personen- en goederenliften;
 - bij de installatie van een gas- of elektriciteitsnet in de inrichting of bij wijziging van zo'n net.

Afdeling 3. — Procedure

Art. 6. De aanvraag om verlening van een veiligheidsattest wordt per aangetekende brief aan de burgemeester van de betrokken gemeente gestuurd.

Art. 7. De burgemeester beslist over de aanvraag binnen vijfenzeventig dagen na de ontvangst ervan op basis van een advies inzake brandveiligheid, uitgebracht door de bevoegde brandweerdienst.

Art. 8. De beslissing over de verlening, de weigering of de voorwaardelijke verlening van het attest wordt de aanvrager per aangetekende brief betekend.

De beslissing moet met redenen omkleed zijn. Bij weigering moet bij de beslissing een afschrift van het advies inzake brandveiligheid worden gevoegd.

Indien de beslissing de aanvrager niet binnen de in artikel 7 bepaalde termijn wordt betekend, wordt het veiligheidsattest als geweigerd beschouwd.

Art. 9. De aanvrager kan binnen dertig dagen na de betekening van de weigering of binnen honderd twintig dagen vanaf de laatste dag van de in artikel 7 bepaalde termijn, per aangetekende brief, een met redenen omkleed beroep bij de Regering indienen.

Dit beroep is opschortend.

(1) Zitting 1993-1994 :

Bescheiden van de Raad :

93 (1992-1993), nr. 1. Ontwerp van decreet.

93 (1992-1993), nr. 2-4. Voorstellen tot wijziging.

93 (1992-1993), nr. 5. Verslag.

93 (1992-1993), nr. 6. Voorstel tot wijziging betreffende de tekst, goedgekeurd door de commissie.

Integraal verslag : Bespreking en aanneming. Vergadering van 9 mei 1994.

Art. 10. § 1. Met het beroep tegen een beslissing over het veiligheidsattest kan een afwijking van de specifieke veiligheidsnormen aangevraagd worden.

Binnen tien dagen na de ontvangst van het beroep wordt een ontvangstbewijs betekend.

De Regering beslist binnen negentig dagen na ontvangst van het beroep, nadat zij het advies van de Brandveiligheidscommissie voor logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen ingewonnen heeft.

De beslissing van de Regering wordt met redenen omkleed en de aanvrager per aangetekende brief betekend.

§ 2. Indien de beslissing niet binnen de termijn bepaald in § 1 betekend wordt, dan wordt het beroep geacht verworpen te zijn, behalve wanneer de Regering binnen dezelfde termijn een met redenen omklede beslissing tot buitengewone verlenging van de termijn aan de aanvrager betekend. De verlenging mag niet langer duren dan dertig dagen.

§ 3. Wordt een afwijking toegestaan, dan moet deze de specifieke voorschriften waarvan mag worden afgeweken en desgevallend de termijn waarvoor zij toegestaan wordt nauwelijks vermelden.

Afdeling 4. — De Brandveiligheidscommissie voor logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen

Art. 11. Er wordt een Brandveiligheidscommissie voor logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen opgericht die een advies uitbrengt over elk beroep ingediend overeenkomstig artikel 9.

Art. 12. De Commissie is samengesteld uit een voorzitter, twee werkende leden en twee plaatsvervangende leden. Deze zijn deskundigen van de brandweerdiensten en worden door de Regering aangewezen.

Een vertegenwoordiger van de Regering alsmede een beambte van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap belast met het toezicht op de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen kunnen met raadgevende stem de vergaderingen van de Commissie bijwonen.

Art. 13. De Regering benoemt de voorzitter en de leden van de Commissie voor vier jaar.

Na drie ongerechtvaardigde afwezigheden wordt het lid ambtshalve door zijn plaatsvervanger vervangen.

Art. 14. De Commissie brengt haar advies uit binnen vijfenveertig dagen na de ontvangst van de desbetreffende aanvraag van de Regering.

Art. 15. De beslissingen worden met de eenvoudige meerderheid genomen. Bij staking der stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Art. 16. De Commissie stelt haar huishoudelijk reglement op en legt dit ter goedkeuring aan de Regering voor.

Bij de vergaderingen zorgt een personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secretariaat.

Art. 17. Aan de leden van de Commissie wordt een forfaitaire vergoeding van F 500 alsmede de terugbetaling van hun reiskosten ten belope van een spoorbiljet 1e klasse toegekend voor elke vergadering waaraan zij deelnemen.

Art. 18. Indien overeenkomstig artikel 36 een voorwaardelijk attest wordt uitgereikt, kan de burgemeester de bevoegde brandweerdienst op elk ogenblik ermee belasten te verifiëren of de veiligheidsnormen progressief nageleefd worden.

De burgemeester kan het attest intrekken wanneer het advies inzake brandveiligheid vaststelt dat de specifieke veiligheidsnormen niet binnen de vastgelegde termijnen nageleefd werden. Hij deelt dit per aangetekende brief aan de aanvrager en, indien het om een hotelinrichting gaat, aan de Regering mede.

HOOFDSTUK III. — Bijzondere bepalingen voor hotelinrichtingen

Art. 19. Niemand mag zonder voorafgaande vergunning, hotelvergunning genoemd, een hotelinrichting uitbaten.

Art. 20. De hotelvergunning wordt slechts uitgereikt wanneer de aanvrager of de persoon belast met het dagelijks beheer van de hotelinrichting, in België of in het buitenland, niet door een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak is veroordeeld wegens één of meerdere overtredingen omschreven in Boek II, titel VII, hoofdstukken V, VI en VII, titel VIII, hoofdstukken I, IV en VI en titel IX, hoofdstukken I en II van het Strafwetboek, behalve indien de veroordeling voorwaardelijk is en de betrokkene het voordeel van het uitstel niet verloren heeft.

Art. 21. § 1. Hotelinrichtingen moeten over ten minste vier kamers beschikken die voor het logeren van de gasten dienen en hen uitsluitend voorbehouden zijn.

Alle installaties van de hotelinrichting moeten in goede onderhoudstoestand zijn en het personeel moet behoorlijk bekleeft zijn.

§ 2. Bijgebouwen, d.w.z. gebouwen die bestemd zijn voor het logeren van gasten en alleen bereikt kunnen worden door het hoofdgebouw te verlaten moeten ook alle voorwaarden vervullen die voor de hotelinrichtingen gelden, behalve wat het minimumaantal kamers betreft. Elk document, elke briefwisseling en elke reclame m.b.t. bijgebouwen moeten het woord « Nebengebäude » (« bijgebouw ») bevatten.

Art. 22. Slechts hotelinrichtingen mogen onder de benaming « Hotel, Hostellerie, Apparthotel, Motel, Gasthof, Pension, Relais (buitenherberg) » uitgebaat worden; de Regering mag die opsomming aanvullen.

Hotelinrichtingen die onder de benaming « Motel » of een gelijksoortige benaming worden uitgebaat, moeten buiten de agglomeraties gelegen zijn en rechtstreeks toegankelijk zijn vanuit een weg die open staat voor het verkeer van motorvoertuigen.

Bovendien moeten de gasten de mogelijkheid krijgen om hun maaltijden te nemen in een restaurant dat tot het motel behoort of in de nabijheid gelegen is en om hun voertuig op een parkeerplaats of in een privé-garage te stallen die tot het motel behoort.

Art. 23. Elke hotelinrichting waarvoor een hotelvergunning wordt uitgereikt, wordt volgens de door de Regering vastgelegde voorwaarden in één van de vijf categorieën ingedeeld. Elk van die categorieën krijgt een bepaald aantal sterren toegewezen.

Elke hotelinrichting moet ten minste aan de voor de laagste categorie vastgelegde voorwaarden voldoen.

In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering afwijkingen toestaan wat de in artikel 21, § 1, lid 1, en in artikel 22, lid 2, opgesomde en de overeenkomstig lid 1 van dit artikel vastgelegde voorwaarden betreft; elke toegestane afwijking moet nauwelijks omschreven en aan de betrokkene schriftelijk medegedeeld worden.

Art. 24. De aanvraag om verlening van een hotelvergunning wordt gericht aan het Ministerie op het te dien einde voorgeschreven formulier.

Binnen tien dagen na de ontvangst van de aanvraag wordt de aanvrager een ontvangstbewijs toegestuurd of wordt hem ter kennis gebracht dat zijn aanvraag onvolledig is.

Art. 25. De hotelvergunning mag geschorst of ingetrokken worden :

- 1° wanneer aan de uitreikingsvoorwaarden niet meer voldaan wordt;
- 2° wanneer de houder van de hotelvergunning de verplichtingen niet nakomt die hem door de Regering worden opgelegd;
- 3° wanneer het in artikel 32 bedoelde toezicht geweigerd of belemmerd wordt;
- 4° wanneer de houder van een vergunning of de persoon belast met het dagelijks beheer van de hotelinrichting door een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke uitspraak is veroordeeld wegens één der misdrijven omschreven in Boek II, titel VII, hoofdstukken V, VI en VII, titel VIII, hoofdstukken I, IV en VI en titel IX, hoofdstukken I en II van het Strafwetboek, behalve indien de veroordeling voorwaardelijk is en de betrokkene het voordeel van het uitsstel niet verloren heeft.

Art. 26. De opschorsingsduur van een hotelvergunning moet beperkt zijn en de houder van de hotelvergunning in staat stellen om zijn toestand in orde te brengen. Zo niet wordt de intrekking van de hotelvergunning na het verstrijken van de vastgelegde termijn uitgesproken.

Art. 27. Bij intrekking van de hotelvergunning of bij sluiting van het hotel moet de houder van de hotelvergunning binnen tien dagen en per aangetekende brief de vergunning alsmede alle gelijklopende afschriften ervan en het schild aan het Ministerie terugzenden.

Wordt de hotelinrichting in een lagere categorie gerangschikt, dan moet de houder van de hotelvergunning het schild dat hij tot nog toe had, binnen tien dagen aan het Ministerie terugzenden.

Art. 28. Bij overname van de hotelinrichting moet binnen drie maanden een nieuwe hotelvergunning aangevraagd worden. Sterft de houder van de vergunning, dan wordt de termijn op zes maanden gebracht.

Intussen en totdat de beslissing over de aanvraag wordt medegedeeld mag de exploitatie van de hotelinrichting voortgaan.

Art. 29. De Regering bepaalt de procedure voor de verlening, de weigering, de schorsing of de intrekking van de hotelvergunning.

De geldigheidsduur van de hotelvergunning kan beperkt zijn.

Art. 30. De Regering legt de bepalingen vast m.b.t. :

- 1° het schild (herkenningskenmerk) dat aan de houder van een hotelvergunning uitgereikt wordt alsmede de procedure voor het verlenen, weigeren of intrekken van dit schild;
- 2° de normen en de procedure voor de rangschikking van de hotelinrichtingen;
- 3° de controle op de hotelgasten;
- 4° het bedrag van de bijdragen die moeten worden geheven tot dekking van de kosten van administratie, controle of toezicht die voortvloeien uit de toepassing van dit decreet;
- 5° de procedure voor het verkrijgen van de in artikel 23 bedoelde afwijkingen.

HOOFDSTUK IV. — Premies voor hotelinrichtingen

Art. 31. § 1. Om de werken inzake bouw, modernisering, uitbreiding of uitrusting van de hotelinrichtingen te bevorderen mag de Regering binnen de perken van de ervoor beschikbare begrotingskredieten premies verlenen die ten hoogste 30 % van de kosten aangegaan voor de betrokken werken vertegenwoordigen en maximaal F 2 000 000 bedragen.

De kosten voor de betrokken werken moeten ten minste F 200 000 bedragen.

Voor het verstrijken van een vijfjarige termijn vanaf de uitbetaling van de premie of van de laatste fractie ervan mag voor dezelfde hotelinrichting geen nieuwe premie toegekend worden.

§ 2. In aanvulling tot of onafhankelijk van de premies bedoeld in § 1 mag de Regering binnen de perken van de daarvoor beschikbare begrotingskredieten uitzonderlijke eenmalige extra premies toekennen voor werken aan hotelinrichtingen, om daar de brandveiligheid en de kwaliteit van het milieu te verbeteren, alsmede voor inrichtingen en installaties die een verbetering van het comfort voor gehandicapte gasten beogen; deze premies vertegenwoordigen ten hoogste 50 % van de kosten van de betrokken werken en bedragen maximaal F 500 000.

§ 3. De Regering legt de toekennings- en terugbetalingsvoorwaarden vast voor de in de §§ 1 en 2 bedoelde premies en extra premies.

De premies en extra premies mogen per schijven aangevraagd worden.

HOOFDSTUK V. — Bepalingen betreffende het toezicht en strafbepalingen

Art. 32. § 1. De te dien einde door de Regering aangewezen beambten houden toezicht op de toepassing van dit decreet.

Voor de uitoefening van hun opdracht mogen deze beambten alle inspecties, controles en opsporingen uitvoeren die zij voor noodzakelijk achten, en inzonderheid :

- a) alle personen over feiten ondervragen waarvan de bekendheid nuttig kan zijn om het toezicht uit te oefenen;
- b) zich ter plaatse alle door dit decreet en zijn uitvoeringsbesluiten voorgeschreven documenten laten geven of afschriften of uittreksels ervan laten maken.

De bezoeken in het kader van de in lid 2 bedoelde inspecties hebben alleen overdag plaats en mogen zich niet tot de door gasten betrokken kamers uitstrekken.

§ 2. De ernstige tekortkomingen alsmede de aanmaning om er binnen een redelijke termijn een einde aan te maken worden in een verslag vastgesteld door een bevoegde beambte van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap; de termijn wordt door de beambte van geval tot geval vastgelegd en eveneens in het verslag vermeld.

Dit verslag wordt binnen de vijf dagen na de vaststelling van de overtreding aan de overtreder, de vergunninghouder en de Regering toegezonden.

§ 3. Indien er na het verstrijken van de termijn geen einde is gemaakt aan de tekortkomingen, wordt een nieuw verslag opgesteld en binnen de vijf dagen betekend aan de personen bedoeld in § 2 van dit artikel alsmede aan het parket.

§ 4. Bij zware overtredingen van de veiligheids- en uitbatingsvoorwaarden en in spoedeisende gevallen mogen de in § 1 bedoelde beambten het gebruik van logiesverstreckende inrichting onmiddellijk verbieden, zo nodig voor de schorsing of de intrekking van de vergunning. Daarvoor mogen ze een beroep doen op de openbare macht.

Art. 33. Met een geldboete van honderd tot drieduizend frank wordt gestraft hij die

- 1° zonder het bij artikel 2 bedoelde veiligheidsattest te bezitten een logiesverstreckende inrichting of een hotelinrichting uitbaat of hij die zonder hotelvergunning een hotelinrichting uitbaat;
- 2° wederrechtelijk gebruik maakt of heeft gemaakt van het in artikel 30, 1° bedoeld schild;
- 3° misbruik maakt of heeft gemaakt van de rangschikkingscategorie bedoeld in artikel 30, 2°;
- 4° het inspectierecht bedoeld in artikel 32 weigert of opzettelijk belemmert;
- 5 één van de benamingen opgenomen in artikel 22, lid 1, desgevallend door de Regering aangevulde lijst — ten onrechte gebruikt.

HOOFDSTUK VI. — Opheffings-, overgangs- en slotbepalingen

Art. 34. De wet van 19 februari 1963 houdende statuut van hotelinrichtingen wordt opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 35. Het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 25 januari 1988 houdende toekenning van premies om de schepping, de modernisering en de vergroting van hotelinrichtingen te bevorderen wordt opgeheven.

Art. 36. De Regering legt de overgangsbepalingen vast voor de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen die reeds in uitbating zijn op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet.

De logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen die niet aan de veiligheidsnormen of niet aan alle punten ervan voldoen kunnen een voorwaardelijk veiligheidsattest verkrijgen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

Ten laatste vijf jaar na de inwerkingtreding van dit decreet moeten alle logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen aan de nieuwe bepalingen beantwoorden.

Art. 37. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 1994.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen op 9 mei 1994.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 94 — 2767

[C — 27575]

1^{er} SEPTEMBRE 1994. — Arrêté du Gouvernement wallon prorogeant l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté française du 19 juillet 1991 modifiant l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges sociales supportées par les ateliers protégés

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret II du 22 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, notamment l'article 3, 7°;

Vu le décret de la Communauté française du 3 juillet 1991 relatif à l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées, notamment les articles 6, alinéa 1^{er}, 10°, 11° et 12°, et 37, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1983 concernant le reclassement social des handicapés, notamment l'article 85, alinéa 2, modifié par l'arrêté royal du 16 mars 1985;

Vu l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges sociales supportées par les ateliers protégés, notamment l'article 4, § 1^{er}, modifié par l'arrêté ministériel du 26 juillet 1977 et par l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté française du 19 juillet 1991 prorogé par l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté française du 14 décembre 1992 et par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté française du 12 octobre 1993;

Vu l'avis du Conseil de gestion du Fonds communautaire pour l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 14 juillet 1994;

Vu l'accord du Ministre chargé du budget;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est impératif que les dispositions de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté française du 19 juillet 1991 modifiant l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges supportées par les ateliers protégés, soient prorogées sans délai, afin d'assurer aux ateliers la continuité des interventions qui sont indispensables à leur bon fonctionnement;